



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9, CH-4001 Basel

Telefon +41 61 267 85 62

Telefax +41 61 267 85 72

E-Mail staatskanzlei@bs.ch

Internet www.bs.ch

Nationalrat

Kommission für Wirtschaft und Abgaben

Herr Christophe Darbellay, Präsident

3003 Bern

Basel, 4. April 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 3. April 2012

09.503 Parlamentarische Initiative: Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen. Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Darbellay

Mit Schreiben vom 7. Februar 2012 an die Kantonsregierungen haben Sie den Kantonen mit Frist bis 10. Mai 2012 Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf und erläuternden Bericht der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats zur Parlamentarischen Initiative 09.503 "Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen" gegeben.

Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung danken wir bestens. Wir machen davon gerne Gebrauch und lassen Ihnen nachstehend unsere Stellungnahme zukommen.

Mit dem Gesetzesvorentwurf der WAK NR soll, nachdem im Rahmen der „Too big to fail“-Vorlage bereits die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital beschlossen wurde, nun auch die Emissionsabgabe auf Eigenkapital beseitigt werden. Die Emissionsabgabe auf Eigenkapital beeinträchtigt die Attraktivität des schweizerischen Standorts und die Effizienz der schweizerischen Volkswirtschaft. Ihre Beseitigung würde sich daher positiv auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken, so dass ein Teil der wegfallenden Steuereinnahmen längerfristig durch Wachstumseffekte wieder wettgemacht würden.

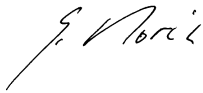
Der Regierungsrat ist mit der vorgeschlagenen Abschaffung der Emissionsabgabe und dem Gesetzesvorentwurf der WAK NR grundsätzlich einverstanden. Die von der WAK angeführten Gründe und Überlegungen zu den Standortzielen und zur Steuereffizienz sind einleuchtend. Tatsächlich macht es wenig Sinn, an einer Steuer festzuhalten, die sich auf das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit negativ auswirkt. Die aufgrund der Abschaffung entstehenden Steuerausfälle sollten konsequenterweise aber durch Gegenfinanzierungsmassnahmen kompensiert werden. Solche Massnahmen verlangt aber nur die Kommissionsminderheit.

Nicht Gegenstand der Gesetzesvorlage ist richtigerweise die Stempelabgabe auf Versicherungsprämien. Die mit einer Abschaffung dieser Abgabe verbundenen Steuerausfälle wären massiv und müssten erst recht durch Gegenfinanzierungsmassnahmen wettgemacht werden.

Gerne hoffen wir, Ihnen mit dieser Stellungnahme gedient zu haben. Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin